

Der Deutsche Metallarbeiter

Organ für die Arbeiter und Arbeiterinnen der Metall-, Hütten- und chemischen Industrie

Erstausgabe Samstag. Abonnementpreis durch die Post bezogen.
Jahresjahrlich 1.50 M. Anzeigenpreis die Gesamtzahl für Arbeiter
nur 75 Pf. Gehälter und Privatnotizen 1 M.

Eigentum des Christlichen Metallarbeiter-
Verbandes Deutschlands.

Schriftleitung und Geschäftsstelle: Duisburg, Seitenstraße 17. Herausge-
geben von der Redaktion: Samstag, morgens 11 Uhr. Aufschriften und Abonne-
mentsbekanntungen sind an die Geschäftsstelle zu richten.

Alleinige Anzeigen-Ausgabe „Echo vom Niederrhein“, Duisburg.

Nr. 49.

Duisburg, den 7. Dezember 1918.

19. Jahrgang

Ein deutsch-demokratischer Gewerkschaftsbund

Am 1. August wurde in Berlin im Lehrer- und Studentenhaus ein deutsch-demokratischer Gewerkschaftsbund gegründet, dem sich sofort eine Reihe von Arbeiter- und Angestelltenverbänden mit 1/4 Million Mitgliedern anschlossen. Darunter der Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften, die Hirsch-Dunkerschen Gewerkschaften, der Deutsche Techniker-Verband und das Reichstagswahl-Vorstand der Beamtenverbände. Die politische Unruhigkeit in der letzten Zeit gab den entscheidenden Anstoß zu der Gründung.

Folgendes vorläufige Programm lag den Verhandlungen zugrunde, dem die Versammlung ihre Zustimmung gab:

1. Erneuerung der konstituierenden Nationalversammlung.
2. Ein groß-deutsches Reich als Wirtschaftseinheit mit wirklich demokratischer Verwaltung und Verfassung.
3. Gleichheit aller hinsichtlich der Staatsbürgerschaftlichen Rechte.
4. Freie Wahl den Täglich in Staatsleitung, Verwaltung, Kunst und Wissenschaft.
5. Organische und planmäßige Sozialisierung unserer Wirtschaft unter Aufrechterhaltung der persönlichen Freiheit und Tüchtigkeit sowie der Weltkonkurrenzfähigkeit.
6. Unbedingte Mitwirkung der Gewerkschaften und Berufsvereine bei allen wirtschaftlichen Maßnahmen der Regierung, insbesondere bei der Sozialisierung einzelner Industrie- und Gewerbezweige.
7. Garantie der Bezüge und Pensionen aller Staatsbeamten.

Generalsekretär Stegerwald hält den einleitenden Vortrag. Er wies auf die gewaltigen Umstürzungen hin, in denen wir uns befinden. Die Demokratie gelange zur Herrschaft auf allen Gebieten. Unsere hochkapitalistischen Entwicklung müsse durch sozialistische Maßnahmen eine andere Richtung gegeben werden. Der Mensch sei in den Mittelpunkt allen Geschehens zu stellen. Zu fordern sei jedoch, daß der freien Initiative genügend Spielraum bleibe, daß nicht durch unüberlegte Experimente unserer Volkswirtschaft unheilbarer Schaden zugefügt werde, sozialdemokratischem Volkswirtschaftsministerium sie nicht aussteuern. Entschieden müsse man sich gegen die Arbeiters- und Soldatenarbeitswirtschaft wenden, die ein unheilbares Durcheinander anstelle. Der Berliner Arbeiter- und Soldatenrat könnte nicht das Recht beanspruchen, das ganze deutsche Volk nach seiner Willkür zu behandeln. Alle berufstümlichen und besoncierten Kräfte seien zusammenzufassen, um aus dem bereits vorhandenen Chaos herauszukommen.

Generalsekretär Hartmann von den Hirsch-Dunkerschen Gewerkschaften behandelte die praktische Seite der Aufgaben des deutsch-demokratischen Gewerkschaftsbundes.

Die Grundlage zu einer erfolgreichen Mitwirkung der Arbeiter und Angestellten bei dem Wiederaufbau unserer Wirtschaft bildet die Anerkennung einer tatsächlich koalitionsfreihheit, die jedermann die Gewähr bietet, sich nach seinen Wünschungen und Bedürfnissen organisieren zu können.

Die Kriegsteilnehmer sind möglichst an ihren früheren Arbeitsplätzen, die sie vor ihrer Einberufung inne hatten, weiterzubeschäftigen.

Für die Kriegbeschädigten sind Löhne und Gehälter zu zahlen, die ihren Leistungen entsprechen, ohne Rücksicht auf ihre Rente. Den Arbeitgebern sind je nach ihrer Bedeutung Verpflichtungen zur Beschäftigung von Kriegbeschädigten aufzuzeigen.

Als wichtigstes Erfordernis der nächsten Zeit ist die positive Regelung des Arbeitsrechts zu erachten, die dem Grundzirk der Gleichberechtigung aller Staatsbürger Rechnung tragen muß, mit dem Ziel der Gewährung eines möglichst großen Maßes von persönlicher Freiheit für jeden einzelnen. Dies gilt sowohl für Privatbetriebe wie auch für Kommunal- und Staatsbetriebe.

Für Landarbeiter und Dienstboten ist an die Stelle der aufgehobenen Gesindeordnung ein neues Landarbeiterrecht bzw. Gesinderecht zu schaffen, das den Arbeitnehmern dieser Berufe dieselben Vergünstigungen verschafft, wie sie für gewerbliche und industrielle Arbeitnehmer erforderlich sind. Das gewerbliche Einigungswesen ist auszubauen und durch ein Reichseinigungssamt zu vervollständigen.

Das soziale Versicherungswesen ist durch Einführung einer obligatorischen Arbeitslosenversicherung, durch Übernahme der Wohnherrenunterstützung in die Reichsversicherungsordnung, durch Ausdehnung der Kranken- und Invalidenversicherung auf die Heimarbeiter und Hausgewerbetreibende und durch Überleitung der Landarbeiter in die allgemeinen Ortskrankenkassen, unter Ausschluß der Landarbeiterkassen, zu vervollständigen.

Durch die Einführung des achtstündigen Arbeitstages wird die Schaffung eines Geiges notwendig, das den industriellen Beziehungen unseres Landes Rechnung trägt und die Wettbewerbsfähigkeit unserer Industrie mit dem Auslande möglichst sichert. Der Achtstundentag ist im Friedensvertrag international festzulegen.

Die Umwandlung der Dinge macht die organische Weiterentwicklung des Arbeiterschutzes und die praktische Fürsorge für die Arbeitnehmer nicht überflüssig, sondern sie erfordert auch für die Zukunft die rege Zusammenarbeit aller Kreise.

Die Sozialisierung der Betriebe kann nur allmählich unter Beachtung aller Maßnahmen erfolgen, durch die die Gewinnssicherheit unserer Industrie und unseres Handels nicht

unterbunden wird und die unsere Konkurrenzfähigkeit nicht beeinträchtigt.

Die städtischen Landgüter sind zum Zwecke einer durchgreifenden Ansiedlung von Landwirten auszuteilen und in Erbpacht oder Kauf zu angemessenen Preisen abzugeben. Bei armen Privatgütern ist ein Mindestteil derselben ebenfalls zu Siedlungszwecken bereitzustellen.

Vor der Einführung neuer sozialpolitischer Gesetze sind die Berufsorganisationen zur Mitwirkung heranzuziehen.

Die Vertreter der antretenen Verbände geben in kurzen Erklärungen ihre Zustimmung zu den gemachten Ausschreibungen. Möge der deutsch-demokratische Gewerkschaftsbund eine segensvolle Tätigkeit im Interesse der Arbeiter und Angestellten entfalten.

Um Ordnung und Brot

Der deutsch-demokratische Gewerkschaftsbund, dem der Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften, der Verband der deutschen Gewerbevereine (D.G.), der Allgemeine Eisenbahnerverband, das Reichstagswahl-Vorstand der Staatsangestellten, der Verband preußisch-hessischer Lokomotivführer, der Verband deutscher Privateisenbahnbauern, der deutsche Techniker-Verband, der Verband deutsch-nationaler Handlungsgesellschafter usw. angegeschlossen ist, erklärt folgenden Aufruf:

Das deutsche Volk steht vor ungeheurem Aufgaben. 1. Das Reich droht auseinanderzufallen. Die Diktatur des Berliner K.E.N. als Reichsregierung wird im Lande als des deutschen Volkes undidig und unerträglich empfunden. Unsere süddeutschen Volksgenossen sind bereits daran, sich zu einer selbständigen Staatsgemeinschaft zusammenzuschließen. 2. Die Gefahr einer Hungersnot rückt immer näher. Unter Eisenbahnmateriel benötigen wir für den schnellen Militärtransport der Truppen. Gibt ein Funke unserer Güterwagen und Lokomotiven müssen wir unseren erbarmungslosen Feinden überlassen. Dann fehlen die Verkehrsmittel für eine geregelte Lebensmittelversorgung. Die Entente lehnt Milderungen ab. Sie selbst will nicht eher Lebensmittel liefern, bevor in Deutschland feste staatliche Verhältnisse geschaffen sind. 3. Es droht Gefahr, daß unser Vaterland von feindlichen Truppen besetzt wird. Die Waffenstillstandsbedingungen sind zu brutal, um ausgeführt werden zu können. Die Feinde lauern darauf, bei uns Ordnung zu schaffen. Das bedeutet eine Schmach und die Versklavung für das deutsche Volk.

Wir dürfen nicht ruhig zuschauen, daß, wie in Russland, alles zerstört wird. Wir müssen aufbauen. Jetzt gilt es einzutreten für 1. Herbeführung eines baldigen Präliminarfriedens. Die für das deutsche Volk lebensnotwendige Gestaltung des Friedens ist mit Nachdruck herauszuarbeiten. Preise, Parteien und Organisationen, das ganze Volk, müssen sich zu dieser Arbeit vereinen. 2. Wiederbelebung und Sicherung unseres Wirtschaftslebens. Zu wirtschaftlichen Experimenten ist jetzt keine Zeit. Milliarden heimtötender Krieger ist Arbeit und Verdienstmöglichkeit zu schaffen. Den Kriegbeschädigten muß Hilfe jeglicher Art zuteil werden. Die Landbevölkerung muß ihrerseits die Volksernährung aufrechterhalten. Unbefugte Eingriffe in das Verkehrswesen sind schärfstens zurückzuweisen. Politische Rechte allein helfen dem Volke nicht, wenn es nichts zu essen hat. 3. Schleunige Einberufung der Nationalversammlung.

Unsere Feinde erklären: Ohne Konstituante keinen Frieden und kein Brot! Ohne Nationalversammlung ist auch die Zusammenfassung des deutschen Volkes zu vereineter Kraft nicht möglich. Bei dem gegenwärtigen Wirtschaftsgeiste gehen im Aus- und Innlande Milliardenwerte verloren, die in den nächsten Jahrzehnten vom deutschen Volke wieder erarbeitet werden müssen. Deutsche Arbeiter, Angestellte und Beamte, fordert Präliminarfrieden und Brot! Schließt euch uns an!

Deutsch-demokratischer Gewerkschaftsbund.

Wie dringend notwendig gerade die baldige Ordnung im Reich ist, zeigen die Sonderbestrebungen, die in Bayern, Hannover und im Osten Deutschlands sich vorzubereiten scheinen. Das kommt daher, daß eben jede zentrale Gewalt fehlt und überall alles drunter und darüber geht. So muß die sozialdemokratische „Volksstimme“ in Duisburg zugeben, daß augenblicklich unter den Arbeiter- und Soldatenräten ein wildes Durcheinander herrsche.

Auf der Tagung der Großberliner Arbeiterräte am 25. November führte der sozialdemokratische Volksbeauftragte Barth aus:

„Wenn es so weitergeht, wie es in der letzten Woche gegangen ist, sind wir mit unserem Lateln zu Ende. Das Kriegserziehungsamt hat förmlich eine Kontrollpolizei betrieben (d. h. seit der Revolution). Die Kohlenförderung in den letzten vier Wochen auf weniger als den vierten Teil des Friedensstandes heruntergegangen. Obwohl selbst die handelshäufigen Förderungen bewilligt wurden, trotzdem werde in Überhöhung gesteckt. Wenn wir aus Überhöhung die schwarzen Diamanten nicht mehr bekommen, dann ist in 14 Tagen Brot und Fleisch nicht mehr zu haben. Wenn wir nicht

feuern können, können wir auch nicht produzieren. Endgültig ist es in der Transportfrage.“

Die gleiche Ansicht sprach in einer Duisburger Versammlung der Beamte des sozialdemokratischen Frankfurter Arbeiterverbandes, Rudolf, aus, won er ausführte:

„Es könnte sich denken, daß es idealere Zustände geben als unter der Herrschaft der Arbeiter- und Soldatenräte. Man wolle nicht in den Fehler der Diktatur fallen, sondern sämtliche Volksgenossen sollen mitarbeiten an der Herbeführung geordneter Zustände. Deshalb braucht man doch nicht die Macht aus der Hand zu geben. Augenblicklich bildet jeder U- und S-Rat der verschiedenen Städte eine kleine Republik für sich, die keine Verbindung zu den anderen Städten habe und aus Egoismus Anordnungen treffe, die dem Gesamtwohl schaden. Deshalb müßten diese Zustände sehr schnell aufhören, denn sonst führen sie zum Stain des gesamten Volkes.“

Wie sehr falsch gerade infolge des Mangels eines ethnischen Zusammenarbeitens unsere Lebensmittelverhältnisse stehen, darüber gibt Staatssekretär Erzberger in der „Germania“ folgenden außerst ernsten Aufschluß:

„In den Ernährungsverhältnissen sind bei uns schreckliche Zustände eingetreten. Getreide und Lebensmittel werden in einer Masse erschafft, die bis Ende Dezember reicht. Die täglichen Zuschüsse betragen jetzt 30 000–35 000 Tonnen. Das sind im Laufe des Dezember ungefähr 900 000 bis eine Million Tonnen, ungefähr ein Viertel des normalen Bedarfs, so daß wir direkt vor einer Katastrophe stehen. Die bis dahin herangeschafften Vorräte reichen längstens bis zum 10. Januar. Dazu kommt die ganze gefährdete Lage auf dem Kühlenmarkt. Die Arbeiter- und Soldatenräte meinen anscheinend, daß die Arbeiter nichts anderes mehr zu tun brauchen, als zu wählen. In Braunschweig hat der Arbeiter- und Soldatenrat verkündigt, daß die Arbeiter sämtliche Gemüse konfiszieren unter sich verteilen. Ein ähnlicher Vorgang wird aus Hamburg gemeldet, wo große Frisch- und Fettläger, die der Allgemeinheit dienen sollten, zur Verteilung gebracht werden. Gegeißelt sucht jeder, der in der Gewalt ist, so viel für sich zu gewinnen, wie irgend möglich.“

Wie sich manche Leute, die jetzt an der Spitze stehen, auf Kosten der Allgemeinheit „segnen“, darüber liegt in älterem Tone der Vorsitzende des U- und S-Rates des 3. Armeekorps:

„Beim Zugzugstaat in Berlin ist die absolute Korruption eingetreten. Kann es in der gegenwärtigen Zeit noch verhindert werden, daß Mitglieder des Berliner Zugzugsrates an Aufwandsentschädigungen jährlich 20 000 Mark liquidieren? Die Boten des Abgeordnetenhauses, die für Botengänge in der Stadt bestimmt sind, haben den Titel Kurier erhalten mit bezogenen einem täglichen Einkommen von 50 Mark. Kontoristinnen erhalten 35–40 Mark pro Tag! Ein gewisser Herr Gebhardt hat es zugebracht, seine ganze Betriebshandlung in Stellen um sich herum unterzubringen. Es finden sich unter den Angestellten jetzt sein Schwager, sein Onkel, seine Tante, eine Cousine und ein Vetter. Der Protest des ganzen Volkes muß gegen eine solche Korruption laut werden.“

Auch die „Frankfurter Zeitung“, das Blatt der Hochfinanz, das mit der Sozialdemokratie so ähnlich durch und durch geht, läßt folgende Klagen aus:

„Die Wirtschaft, die in diesen Wochen zu Tage getreten ist, begünstigt den Separatismus und ist eine Freude für das feindliche Ausland, das nur auf dem Augenblick wartet, bis es einen Vorwand finden kann, sich in unsere inneren Verhältnisse zu mischen. Die militärische Diktatur von oben ist durch die Revolution besiegt, aber man hat sie durch eine Diktatur von unten ersetzt, nur daß diese sich weitreichender bemerkbar macht und dabei an positiven Leistungen unverhältnismäßig ist als jene. Statt den Trümmerhäusern, bei der Zusammenfassung des alten Systems ergeben hatte, auf das schnellste zu befestigen, drückt man neue Trümmer auf die alten, um einen „Regierungsfimmel“ zu betätigen, der uns bei Freund und Feind in Misckredit bringen muß, zumal wenn man sieht, was für bedenkliche Elemente da zu Macht und Einfluß zu bringen wissen.“

Augenblicklich herrscht der schlimmste Wirtschaft und das schlimmste Durcheinander. Das ganze Volk hat das größte Interesse an Ordnung besonders bei den Lebensmittelverhältnissen. Wir stehen auf dem Boden der Ordnung und fordern die scharfe Disziplin. Unruhe und Unordnung, gleichviel von welcher Seite sie kommen, führen unter deutsches Volk nur noch tiefer in den Sumpf. Nur die Ordnung kann uns vor dem völligen Verberben retten.

Daher ist schnellste Einberufung der Nationalversammlung notwendig.

Sozialismus und Christentum

In keiner Zeit haben sich diese beiden Gebundenselemente so gegenübergestanden, als gerade in unseren Tagen, wo es gilt, die Menschen zu sammeln um diese oder jene Gruppe, Rasse und Nation zu erhalten und gegen den Nationalsozialismus, den Nationalsozialismus und Herrschaft im eigenen Lande zu kämpfen.

der bisher durchweg unblutig verlaufenen und offenbar wohlorganisierten Revolution brachte uns der Sozialismus in die Gefahr, daß die Ordnung an sehr sehr vielen Stellen zerstört und das Chaos zur Wirklichkeit wurde. Wenn es an zahlreichen Stellen noch nicht zu dem Berliner, Bremen usw. Chaos gekommen ist, so bedroht das Deutschland auch dem katholischen Christen der christlich-nationalen Arbeiterschaft, die in den A- und S-Stäten, in denen sie vertreten ist, sich energisch bemüht, den Karren nicht noch tiefer in den Dreck kommen zu lassen. Ferner aber auch, und das muß gesagt werden, hat dazu in hohem Maße beigebracht das treue Muschatten des bisherigen bürgerlichen Beamtenbürgers und die wohldisziplinierte Ordnung, die allenfalls unsere tapferen Frontkämpfer zeigen.

Die gegenwärtige reichsdeutsche Revolution ging hervor aus einem Sozialismus der Gewalt und sie kann folglich kein Wesen nach auch nur vor der Gewalt halt machen. Das hat eben die Geschichte zu tausendmalen bewiesen und das deuten ja auch die Aufsätze vieler sozialistischen A- und S-Stäte, die nur „der Gewalt weichen wollen“ und der Ausbruch des Berliner Vollzugsratsmitgliedes August Müller, der erklärte, daß nur „über seine Leiche der Weg zur Nationalversammlung gehe“, das beweisen auch die Terroralte der Spartakusgruppe. In sich selbst hat der Sozialismus grundsätzlich weder Halt, noch Ziel und Maß im Geiste unserer natürlichen Volksrechte und unserer hochbewährten sozialen Gesetzegebung, kurz im Geiste einer kraftvollen, christlich-demokratischen Weiterentwicklung des ganzen deutschen Volkes und all seiner Klassen und Stände. In sich selbst trägt der Sozialismus auch keine grundsätzlich unübersteigbare Grenze gegen den Radikalismus.

Aus dem Sozialismus hat sich sowohl die Gedankenwelt der gemäßigten Sozialdemokratie, der Unabhängigen als auch der Spartakusleute herausgebaut; Leute, die sich untereinander auf das heftigste bekämpfen. Alle drei genannten Gruppen berufen sich darauf, daß sie allein den wahren Sozialismus hätten; das betonen sowohl die Leute der Mehrheitspartei, die noch für Ruhe und Ordnung sind, als auch die Spartakusleute und Bolschewisten, die mit Maschinengewehren und Niederknüppelung jedes Unterschenden mit Wrod und Blaub — wie in Russland — ihre Herrschaft aufrichten wollen. Grundsätzlich bietet also der Sozialismus keinen Halt vor dem hinbrüderlichen in den wildesten Radikalismus und dem schlimmsten Terror. Der radikale Sozialismus aber bedroht nicht nur das Privatgegentum mit völliger Auflösung, sondern auch alle übrigen absoluten und autoritären Werte im christlichen Staats- und Bürgersleben mit Verfall und Zusammenbruch.

Wie es gerade da zugeht, hat die lezte Sturmzeitung im Berliner A- und S-Stadt, der sich mit dem Vollzugsrat, welcher fast ganz aus radikalen Elementen besteht, in den Hantzen hatte und wo man die schwersten Anklagen gegeneinander schleuderte. Wir lassen hier wahllos einige folgen:

Gerhard: Noch bin ich Mitglied des Vollzugsrates. Im Abgeordnetenhaus und Herrenhaus besteht bei den Sozialdemokraten die großfeindliche Herrschaft und eine unglaubliche Bettler- und Gründerwirtschaft bei hohen Zügen. Was hat der Vollzugsrat gegen die Versplitterung Deutschlands getan? Was deutet er in der Frage der Nationalversammlung zu tun? (Weißt und Weitwurf)

Collin-Röß: Wir sehen im Vollzugsausschuss Herrschaft und eine böse Finanzwirtschaft. Die Tagegelder der Vollzugsratsmitglieder mit 50 Mark für den Tag, der Kuriers mit 40 Mark und der der Schreibschuleins mit 30 Mark sind unerhört hoch. Was haben dagegen die Kriegsbeschädigten? (Sehr richtig! Wenn wir so weiter machen, dann kommt die Reaktion. (Sehr richtig!)

Willner: Unter der alten Regierung ist manches schlecht gegangen, aber jetzt geht es noch viel schlechter.

Auf diese „Ordnung der Dinge“ mögen sich weitere Kollegen einen Vers machen. Wenn das so weiter geht, steht Deutschland vor dem vollständigen Nihilismus. Es zeigt sich eben hier recht deutlich, daß der Sozialismus nicht so viele fiktive Kräfte entzieht, die notwendig wären, um die anderen Strukturen zurückzubringen. Das liegt darin begründet, daß der Sozialismus in seiner Art eine folgerichtige Durchführung eines materialistischen Prinzips ist. Erst eben eine soziale Zunft aus der Materie aufzubauen will, der die seelischen Kräfte nicht annehmen will, der gegen jede positive Religion eine feindliche Haltung einnimmt, wie das der Sozialismus tut, der nun sich eben nicht wundert, wenn eine solche radikale Zunft ausgeht. Aus dem gleichen materialistischen Grundprinzip, aus dem der Sozialismus hervorgeht, kommt auch etwas anderes, nämlich der Nationalismus, der ebenfalls alles übernatürliche leugnet und nur die Materie als das höchste Glück ansieht.

Der Sozialismus stellt alles einzigartig dar. Daher geht auch seine sogenannte große Forderung nach „Friedensordnung und Bürgerversicherung“ aus Klassehug und Klassenkampf her vor und bedeutet im letzten Schilde nichts anderes, als Sicherung Unterschreitender. Eine wahre Schaffensfreiheit hat der Sozialismus nicht gebracht. Das beweist am folgendsten England, wo sich die Freiheit des Sozialismus am „sozialen Kapital“ anstrebt.

Dort haben die Sozialistischen Partei und Freiheit die Freiheit vollständig abgeschafft und dem ganzen Bürgertum ihren Willen und ihre Meinung aufzwingen versucht. Dies nicht mindestens, was das Schauspiel über seinem eine Regel. Der zynische Sozialist Morris Smith schreibt über diese Erfahrung:

„Den alten Scholastikern lag dabei, einen Mann, der der Monarchie so viele Schläge bereitet hat, im Gefängnis zu halten, weil er sich in der Rolle eines Besiegels des politischen Parteien gefühlt, — ist eine Schande für die Monarchie. So empfindende Menschen wie Aristoteles, so begabte Arbeiter wie Bernhardt und so herbergsende Kulturschreiber wie Goethe, wenn keine Arbeiter je bei Gottes zu verurtheilen haben, im Gefängnis zu haften lassen, — ist die Schande für die Monarchie.“

So steht in Wahrheit sozialistische „Verherrlichung“ aus.

Das Ergebnis gibt den Werken „Friedensordnung und Bürgerversicherung“ nicht den Sinn des Monarchen und den gewollten Ausgangs und den sozialistischen Rechtsideologen.

der französischen Revolution, — sondern vielmehr den Geist und Sinn der Radikalsiebe, sowie friedlicher Überbrückung und Milderung der Klassengegensätze, und verweist die ganze soziale Entwicklung unserer Tage auf den Weg der ordnungsmäßigen Gesetzegebung, und der vorsichtigen gesetzlichen Umgestaltung der bestehenden Ordnung. Der Sozialismus kann auf dem Boden einer durch das Christentum bereiteten Kultur überhaupt nicht wachsen. Die christliche Demokratie wächst aus dem Kreuze, — der Sozialismus wächst aus dem antikristlichen Materialismus her vor. Es gibt kein sozialistisches Christentum, sondern nur ein soziales Christentum. Wir wollen den gegenwärtigen Machthabern also nicht unsere christlichen Grundsätze opfern, — wir wollen ihnen nur rein praktisch in der Aufrechterhaltung von Rucht, Sitte und Ordnung und nicht zuletzt auch in der Bekämpfung des Radikalismus behilflich sein, so lange sie nicht selber eine unüberbrückbare Kluft zwischen ihren und unseren Lebens- und Daseins-Bedingungen herstellen. In diesem Sinne halten wir fest an der christlichen Demokratie und lassen sie uns von niemandem verwässern und verirren. In diesem Sinne halten wir auch fest an der Gewissensfreiheit, der Grundlage einer starken wahren Demokratie. Im Kampfe der Geister, der entbrannt ist, darf es keine Lauer und Gleichgültigen geben. Jeder christliche Mann muss wissen, wo sein Platz ist. Und der ist nur in der christlichen Gewerkschaftsbewegung und für die christlich-national denkenden Metallarbeiter nur im christlichen Metallarbeiterverband.

Sage nicht:
Die Zeit ist schlecht!
Dadurch los dich nicht niedergedrückt.
Schau auf deine Organisation
Da geht es vorwärts.
Willst du vielleicht als gleichgültiges
Mitglied
hinterher humpeln?
Du mußt mit in der ersten Reihe
marschieren.
Das bist du dir selbst schuldig.
Nur die Arbeit im christlichen Metallarbeiter-
Verband kann Dir als christlichem Metallarbeiter
nützen!

An die Arbeiter und Angestellten in Heer und Marine!

Der Kriegskrieg ist abgeschlossen und mit der Rückführung der Truppen haben die Gefangenengen bereits begonnen. Die Demobilisierung heißt das heilige Volk vor einer gewaltigen Aufgabe. Es gilt, Millionen Unterkünfte und Lebensmittel sowie Arbeitsgelegenheiten zu beschaffen.

Dazu bedarf es der unzähligen organisatorischen Vorarbeiten. Der gewaltige Deutschenstaat muss nun der Friede auf Friedensbasis ange stellt werden. Das Transportieren, die Arbeitsvermittlung, die Sorge für Ernährung, Kleidungsbedürfnisse und Kleiderhinterbleibende müssen nach Gewissensmaßen werden, so daß sie allen Verdachtigen entgehen. Die Arbeitsbeschaffung, die Wohnungssicherung für dieheimkehrenden Krieger und deren Familien erfordert besondere Vorsorge. Die Deutschen Gewerkschaften haben sich der Vollzugsregierung für die Demobilisierung und die wirtschaftlichen Bedürfnisse zur Verfügung gestellt. Ihre weitverzweigte Organisation, ihre im Wirtschafts- und öffentlichen Leben geübten Kenntnisse können vieles zur raschen Sicherstellung der Friede und Friedenswiederaufbau beitragen. Ihnen jetzt eine Bergung der benötigten Kräfte vom Heeresdienst freizugeben werden. Die Gewerkschaften brauchen diese Kräfte dringend, und sie müssen aus der Einheit aller Krieger und Angestellten in Heer und Marine, aus der sofortigen Auflösung der hier unentbehrlichen Organisationen in die Freiheit ohne Einschränkungen bereitstehen. Es mußte keiner zu befürchten, daß er zu spät zur Entlassung kommt. Die beruflichen Gewerkschaften haben sich den Gewerkschaftsgegner ziemlich verschärft, jeden Krieger und Angestellten wieder an seinen vor dem Kriege eingerichteten Platz zu beschäftigen!

Weiter und höher hofft noch der Städte in eurem Heimatland bei den Gewerkschaften an, die für eure Rechte eintreten!

Die Gewerkschaften appellieren jetzt an uns, dafür zu sorgen, daß die militärische Demobilisierung sich in Ruhe und Ordnung vollzieht. Hier eine schriftliche Erklärung ab. Ihre Stelle wird auch folgende: „Die Rückführung der Krieger, ihre Nachförderung der zivilen Arbeit und die Sicherstellung des Frieden der Heimat, das ist auch die Pflicht der Krieger und dort soll sie sich führen.“

Stattjetzt ist, daß ihr auch im Gewerkschaften Bürger eines freien Staates seid! Gott für Unabhängigkeit!

Im Falle der Gewerkschaften gewaltfreie Organisationen und Gewerkschaftsverbände:

- 1. Gewerkschaft der Gewerkschaften Großbritannien.
- 2. Gewerkschaft der Gewerkschaften Großbritannien.
- 3. Gewerkschaft der Gewerkschaften Großbritannien.
- 4. Gewerkschaft der Gewerkschaften Großbritannien.
- 5. Gewerkschaft der Gewerkschaften Großbritannien.
- 6. Gewerkschaft der Gewerkschaften Großbritannien.
- 7. Gewerkschaft der Gewerkschaften Großbritannien.
- 8. Gewerkschaft der Gewerkschaften Großbritannien.
- 9. Gewerkschaft der Gewerkschaften Großbritannien.
- 10. Gewerkschaft der Gewerkschaften Großbritannien.
- 11. Gewerkschaft der Gewerkschaften Großbritannien.
- 12. Gewerkschaft der Gewerkschaften Großbritannien.
- 13. Gewerkschaft der Gewerkschaften Großbritannien.
- 14. Gewerkschaft der Gewerkschaften Großbritannien.
- 15. Gewerkschaft der Gewerkschaften Großbritannien.
- 16. Gewerkschaft der Gewerkschaften Großbritannien.
- 17. Gewerkschaft der Gewerkschaften Großbritannien.
- 18. Gewerkschaft der Gewerkschaften Großbritannien.
- 19. Gewerkschaft der Gewerkschaften Großbritannien.
- 20. Gewerkschaft der Gewerkschaften Großbritannien.
- 21. Gewerkschaft der Gewerkschaften Großbritannien.
- 22. Gewerkschaft der Gewerkschaften Großbritannien.
- 23. Gewerkschaft der Gewerkschaften Großbritannien.
- 24. Gewerkschaft der Gewerkschaften Großbritannien.
- 25. Gewerkschaft der Gewerkschaften Großbritannien.
- 26. Gewerkschaft der Gewerkschaften Großbritannien.
- 27. Gewerkschaft der Gewerkschaften Großbritannien.
- 28. Gewerkschaft der Gewerkschaften Großbritannien.
- 29. Gewerkschaft der Gewerkschaften Großbritannien.
- 30. Gewerkschaft der Gewerkschaften Großbritannien.
- 31. Gewerkschaft der Gewerkschaften Großbritannien.
- 32. Gewerkschaft der Gewerkschaften Großbritannien.
- 33. Gewerkschaft der Gewerkschaften Großbritannien.
- 34. Gewerkschaft der Gewerkschaften Großbritannien.
- 35. Gewerkschaft der Gewerkschaften Großbritannien.
- 36. Gewerkschaft der Gewerkschaften Großbritannien.
- 37. Gewerkschaft der Gewerkschaften Großbritannien.
- 38. Gewerkschaft der Gewerkschaften Großbritannien.
- 39. Gewerkschaft der Gewerkschaften Großbritannien.
- 40. Gewerkschaft der Gewerkschaften Großbritannien.
- 41. Gewerkschaft der Gewerkschaften Großbritannien.
- 42. Gewerkschaft der Gewerkschaften Großbritannien.
- 43. Gewerkschaft der Gewerkschaften Großbritannien.
- 44. Gewerkschaft der Gewerkschaften Großbritannien.
- 45. Gewerkschaft der Gewerkschaften Großbritannien.
- 46. Gewerkschaft der Gewerkschaften Großbritannien.
- 47. Gewerkschaft der Gewerkschaften Großbritannien.
- 48. Gewerkschaft der Gewerkschaften Großbritannien.
- 49. Gewerkschaft der Gewerkschaften Großbritannien.
- 50. Gewerkschaft der Gewerkschaften Großbritannien.
- 51. Gewerkschaft der Gewerkschaften Großbritannien.
- 52. Gewerkschaft der Gewerkschaften Großbritannien.
- 53. Gewerkschaft der Gewerkschaften Großbritannien.
- 54. Gewerkschaft der Gewerkschaften Großbritannien.
- 55. Gewerkschaft der Gewerkschaften Großbritannien.
- 56. Gewerkschaft der Gewerkschaften Großbritannien.
- 57. Gewerkschaft der Gewerkschaften Großbritannien.
- 58. Gewerkschaft der Gewerkschaften Großbritannien.
- 59. Gewerkschaft der Gewerkschaften Großbritannien.
- 60. Gewerkschaft der Gewerkschaften Großbritannien.
- 61. Gewerkschaft der Gewerkschaften Großbritannien.
- 62. Gewerkschaft der Gewerkschaften Großbritannien.
- 63. Gewerkschaft der Gewerkschaften Großbritannien.
- 64. Gewerkschaft der Gewerkschaften Großbritannien.
- 65. Gewerkschaft der Gewerkschaften Großbritannien.
- 66. Gewerkschaft der Gewerkschaften Großbritannien.
- 67. Gewerkschaft der Gewerkschaften Großbritannien.
- 68. Gewerkschaft der Gewerkschaften Großbritannien.
- 69. Gewerkschaft der Gewerkschaften Großbritannien.
- 70. Gewerkschaft der Gewerkschaften Großbritannien.
- 71. Gewerkschaft der Gewerkschaften Großbritannien.
- 72. Gewerkschaft der Gewerkschaften Großbritannien.
- 73. Gewerkschaft der Gewerkschaften Großbritannien.
- 74. Gewerkschaft der Gewerkschaften Großbritannien.
- 75. Gewerkschaft der Gewerkschaften Großbritannien.
- 76. Gewerkschaft der Gewerkschaften Großbritannien.
- 77. Gewerkschaft der Gewerkschaften Großbritannien.
- 78. Gewerkschaft der Gewerkschaften Großbritannien.
- 79. Gewerkschaft der Gewerkschaften Großbritannien.
- 80. Gewerkschaft der Gewerkschaften Großbritannien.
- 81. Gewerkschaft der Gewerkschaften Großbritannien.
- 82. Gewerkschaft der Gewerkschaften Großbritannien.
- 83. Gewerkschaft der Gewerkschaften Großbritannien.
- 84. Gewerkschaft der Gewerkschaften Großbritannien.
- 85. Gewerkschaft der Gewerkschaften Großbritannien.
- 86. Gewerkschaft der Gewerkschaften Großbritannien.
- 87. Gewerkschaft der Gewerkschaften Großbritannien.
- 88. Gewerkschaft der Gewerkschaften Großbritannien.
- 89. Gewerkschaft der Gewerkschaften Großbritannien.
- 90. Gewerkschaft der Gewerkschaften Großbritannien.
- 91. Gewerkschaft der Gewerkschaften Großbritannien.
- 92. Gewerkschaft der Gewerkschaften Großbritannien.
- 93. Gewerkschaft der Gewerkschaften Großbritannien.
- 94. Gewerkschaft der Gewerkschaften Großbritannien.
- 95. Gewerkschaft der Gewerkschaften Großbritannien.
- 96. Gewerkschaft der Gewerkschaften Großbritannien.
- 97. Gewerkschaft der Gewerkschaften Großbritannien.
- 98. Gewerkschaft der Gewerkschaften Großbritannien.
- 99. Gewerkschaft der Gewerkschaften Großbritannien.
- 100. Gewerkschaft der Gewerkschaften Großbritannien.
- 101. Gewerkschaft der Gewerkschaften Großbritannien.
- 102. Gewerkschaft der Gewerkschaften Großbritannien.
- 103. Gewerkschaft der Gewerkschaften Großbritannien.
- 104. Gewerkschaft der Gewerkschaften Großbritannien.
- 105. Gewerkschaft der Gewerkschaften Großbritannien.
- 106. Gewerkschaft der Gewerkschaften Großbritannien.
- 107. Gewerkschaft der Gewerkschaften Großbritannien.
- 108. Gewerkschaft der Gewerkschaften Großbritannien.
- 109. Gewerkschaft der Gewerkschaften Großbritannien.
- 110. Gewerkschaft der Gewerkschaften Großbritannien.
- 111. Gewerkschaft der Gewerkschaften Großbritannien.
- 112. Gewerkschaft der Gewerkschaften Großbritannien.
- 113. Gewerkschaft der Gewerkschaften Großbritannien.
- 114. Gewerkschaft der Gewerkschaften Großbritannien.
- 115. Gewerkschaft der Gewerkschaften Großbritannien.
- 116. Gewerkschaft der Gewerkschaften Großbritannien.
- 117. Gewerkschaft der Gewerkschaften Großbritannien.
- 118. Gewerkschaft der Gewerkschaften Großbritannien.
- 119. Gewerkschaft der Gewerkschaften Großbritannien.
- 120. Gewerkschaft der Gewerkschaften Großbritannien.
- 121. Gewerkschaft der Gewerkschaften Großbritannien.
- 122. Gewerkschaft der Gewerkschaften Großbritannien.
- 123. Gewerkschaft der Gewerkschaften Großbritannien.
- 124. Gewerkschaft der Gewerkschaften Großbritannien.
- 125. Gewerkschaft der Gewerkschaften Großbritannien.
- 126. Gewerkschaft der Gewerkschaften Großbritannien.
- 127. Gewerkschaft der Gewerkschaften Großbritannien.
- 128. Gewerkschaft der Gewerkschaften Großbritannien.
- 129. Gewerkschaft der Gewerkschaften Großbritannien.
- 130. Gewerkschaft der Gewerkschaften Großbritannien.
- 131. Gewerkschaft der Gewerkschaften Großbritannien.
- 132. Gewerkschaft der Gewerkschaften Großbritannien.
- 133. Gewerkschaft der Gewerkschaften Großbritannien.
- 134. Gewerkschaft der Gewerkschaften Großbritannien.
- 135. Gewerkschaft der Gewerkschaften Großbritannien.
- 136. Gewerkschaft der Gewerkschaften Großbritannien.
- 137. Gewerkschaft der Gewerkschaften Großbritannien.
- 138. Gewerkschaft der Gewerkschaften Großbritannien.
- 139. Gewerkschaft der Gewerkschaften Großbritannien.
- 140. Gewerkschaft der Gewerkschaften Großbritannien.
- 141. Gewerkschaft der Gewerkschaften Großbritannien.
- 142. Gewerkschaft der Gewerkschaften Großbritannien.
- 143. Gewerkschaft der Gewerkschaften Großbritannien.
- 144. Gewerkschaft der Gewerkschaften Großbritannien.
- 145. Gewerkschaft der Gewerkschaften Großbritannien.
- 146. Gewerkschaft der Gewerkschaften Großbritannien.
- 147. Gewerkschaft der Gewerkschaften Großbritannien.
- 148. Gewerkschaft der Gewerkschaften Großbritannien.
- 149. Gewerkschaft der Gewerkschaften Großbritannien.
- 150. Gewerkschaft der Gewerkschaften Großbritannien.
- 151. Gewerkschaft der Gewerkschaften Großbritannien.
- 152. Gewerkschaft der Gewerkschaften Großbritannien.
- 153. Gewerkschaft der Gewerkschaften Großbritannien.
- 154. Gewerkschaft der Gewerkschaften Großbritannien.
- 155. Gewerkschaft der Gewerkschaften Großbritannien.
- 156. Gewerkschaft der Gewerkschaften Großbritannien.
- 157. Gewerkschaft der Gewerkschaften Großbritannien.
- 158. Gewerkschaft der Gewerkschaften Großbritannien.
- 159. Gewerkschaft der Gewerkschaften Großbritannien.
- 160. Gewerkschaft der Gewerkschaften Großbritannien.
- 161. Gewerkschaft der Gewerkschaften Großbritannien.
- 162. Gewerkschaft der Gewerkschaften Großbritannien.
- 163. Gewerkschaft der Gewerkschaften Großbritannien.
- 164. Gewerkschaft der Gewerkschaften Großbritannien.
- 165. Gewerkschaft der Gewerkschaften Großbritannien.
- 166. Gewerkschaft der Gewerkschaften Großbritannien.
- 167. Gewerkschaft der Gewerkschaften Großbritannien.
- 168. Gewerkschaft der Gewerkschaften Großbritannien.
- 169. Gewerkschaft der Gewerkschaften Großbritannien.
- 170. Gewerkschaft der Gewerkschaften Großbritannien.
- 171. Gewerkschaft der Gewerkschaften Großbritannien.
- 172. Gewerkschaft der Gewerkschaften Großbritannien.
- 173. Gewerkschaft der Gewerkschaften Großbritannien.
- 174. Gewerkschaft der Gewerkschaften Großbritannien.
- 175. Gewerkschaft der Gewerkschaften Großbritannien.
- 176. Gewerkschaft der Gewerkschaften Großbritannien.
- 177. Gewerkschaft der Gewerkschaften Großbritannien.
- 178. Gewerkschaft der Gewerkschaften

So redet ein Sozialist über den Bolschewismus und der muss es doch wissen. Wenn bei uns in Deutschland die Bolschewisten nicht die Macht an sich rüsten lassen, dann müssen alle Untergesetzte gegen sie stehen. Schnelle Einberufung der Nationalversammlung ist notwendig.

Knechtschaft.

Um den breiten Massen den Umsturz mundgerecht zu machen, die Revolution als vorteilhaft erscheinen zu lassen, haben die Revolutionäre die Melierung verbreitet: Wenn wir nicht bolschewistisch, so schließen die anderen nicht her; ein revolutionäres Deutschland wird von dem republikanischen Frankreich und dem demokratischen England leichtere Waffenstillstands- und Friedensbedingungen erhalten. In dem von Kurt Eisner, richtig Salomon Rabinowitsch, galizischer Jude und augenblicklich österreichischer Ministerpräsident, unter dem 15. 11. 1918 veröffentlichten Regierungsprogramm wird gesagt: Die ersten Erfolge gezeigt. Die letzten Männer der Entente sprechen nach der Urmälzung anders als zuvor. Unser Appell an das Weltgewissen blieb nicht ungehört. Die Waffenstillstandsbedingungen wurden erheblich gemildert.

Das, was hier gesagt wird, ist leider nicht wahr. Gestaltungen in den Waffenstillstandsbedingungen hat die deutsche Waffenstillstandskommission vor Beginn der Regierungsklausel der Revolutionären herausgeschlagen. Deren Führer, Staatssekretär Erzberger und General v. Winterfeldt hätten zweifellos leichtere Bedingungen erreicht, wenn nicht die Revolution dazwischen gekommen wäre. Nachdem diese in deutschen Landen tobte und das Heer auseinanderließ waren alle Schicksale niedergerissen. Die Feinde rüsteten die Vage aus und stellten ungeheure, unmenschliche Bedingungen. Verschlebene Versuche sie abzumildern, blieben ohne Erfolg. War schnell noch bleibt darauf hoffen, daß das deutsche Heer in Gewaltmaßnahmen zurückzieht, er versagt dabei die Absicht, unser Heer noch während des Waffenstillstands völlig aufzulösen und zu vernichten. Tausende von Üfern wird dieser Rückzug kosten, ganz abgesehen von dem Verlust gewaltigen Materials und den wertvollen Lebensmitteln, die zurückbleiben müssen oder zu Grunde gehen. In einem Briefest, den Staatssekretär Erzberger und General v. Winterfeldt im Hinblick auf diese Vorgänge der Welt bekannt geben, wird gesagt, daß diese Feindstädte nicht dazu dienen können, einen Frieden der Verjährung und Gerechtigkeit anzubauen, daß die Erwaltung der unmittelbar durchführbaren Waffenstillstandsbedingungen eine ruchlose Fortsetzung der Feindseligkeit in besonders unmenschlicher Form darstellt.

Weder die englischen, noch die französischen Sozialisten, noch der Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika, haben sich bis jetzt bemüht, General Koch zur Bildung einer bestimmten Regierung zu bewegen. Die Hoffnungen der deutschen Sozialdemokraten auf die Internationale werden sich auch hier nicht erfüllen. Die für Auslandswohre so zugänglichen deutschen Sozialdemokraten sind durch die Präzesslogie der englischen und französischen Sozialisten, von Freiheit und Brüderlichkeit, in die Irre geführt worden. Die ausländischen Sozialdemokraten sind gar nicht in der Lage, für einen ordentlichen Frieden, für die Freiheit zu wirken. Haben sie doch auch unter dem Druck der Bourgeoisie und der Geschäftshaber der Entente die verschiedenen Friedensverträge der Mittelmächte vertraten, wie der „Vollstaatstauftrag“ über vor kurzem noch in öffentlicher Reichstagssitzung getragen hat. In einer Kammereide Anfang August hat der französische Demokrat Moutet ausgesetzt: Clemenceau gibt uns nicht das Recht, eine politische Friedensaktion zu machen; das Beweis, daß wir nicht in einem Lande der Freiheit sind. Tausende von Franzosen, die für den Frieden wiesen wollten, wurden einfach in die Gefangenheit geworfen und kalt gestellt. Am 1. Juli 1917 übernahm der Berliner „Vorwärts“ eine Notiz aus der „Humanité“ über die Belagerung von Nizza-Passy, die scharfe französische Kritik und das brutale Vorgehen der französischen Regierung gegen die Sozialisten und bemerkte zu: Die französischen Sozialisten sollten endlich aufhören mit ihrer Demonstration gegen das brutale preußische System, das es durch den Krieg zu vernichten gesezt. Es scheint, daß darüber die Klumpenkomitee von den Zuständen ihres eigenen Landes abgelenkt werden sollten.

Auch in England und Italien wurde jede Friedensfreundliche Tätigkeit unterdrückt. In Italien ist der Generalsekretär der sozialistischen Partei, Pazzati, einfach verhaftet und eingeworfen worden. Da, wo die Arbeiterschaft sich erholt, wurde der Belagerungszustand verhängt und militärische Gefechtläufe eingeführt. Die englischen Sozialisten haben wohl Unterstützung und Streitgelder von den deutschen Arbeitern angenommen und dafür die heldenhaften Deutschen sehr gelobt, von einer eigentlich Gegenstellung war aber nie die Rede. Auch jetzt ist von den englischen Demokraten eine Hilfe nicht zu erwarten. Sie sind mit schönen Worten den deutschen Sozialdemokraten um den Krieg gegangen und die sonst so unzweckdienlichen Deutschen haben willig deren Worte geglaubt und sich auf falsche Wege leiten lassen. Führer des deutschen Volkes haben oft davon gehörnt, aber vergebens. In diesem Kriege handelt es sich von vorherher um die Vernichtung des deutschen Volkes, seiner Kultur und Wirtschaft.

Die Aussicht dafür, daß unter den festigen Umständen Wilson einen Frieden der Gerechtigkeit herbeizuführen vermöchte, ist nach der Entwicklung des deutschen Heeres nicht mehr groß. Im kleinen Ansprache an den Senat am 22. Januar 1917 hat Präsident Wilson, vielleicht in der Voraussicht dessen angekündigt, daß die amerikanische Regierung irgend welche Friedensbedingungen mit Friedensmachern nicht Widerstand leistet, aber versuchen wird, sie ungültig zu machen, wie immer sie auch beschaffen sein mögen. Rücksichtlose feindliche Willensbewegung wäre damit ausgedrochen. Wilson hat allerdings auch andere Sätze gebracht. In seiner Ansprache an den Kongress im Februar 1918 sagte er: Es wäre der amerikanischen Regierung nicht würdig sich einer inneren Schwäche und Gerritigung zu bedienen, um ihren Willen einem anderen Volke aufzuerlegen. Es scheint aber, daß der zuerst zitierte Satz voll zur Anwendung gesangen soll, und niemand uns hilft, uns vor vollendetem Knechtschaft zu retten. Durch die Revolution sind wir mehr denn je gebunden worden. Die Beseitigung der Parlamente und der zentralistischen Regierung hat uns nicht Frieden und Brot bringen können, denn die Gegner lehnen es ab, mit einer auf Arbeiters- und Soldatenräten gestützten Regierung zu verhandeln. Selbst der „Vorwärts“ muß das in seiner Nummer vom 20. November zugegeben und erklären, daß nur die Wiederherstellung geordnete Verhältnisse durch allgemeine Wahlen und Frieden und Brot bringen können. Darin liegt das Geständnis, daß durch parlamentarische Reform bessere Friedensbedingungen und bessere Verhältnisse geschaffen werden müssen. Die Nationalversammlung ist die einzige Rettung aus dem Chaos.

56

Arbeiterjugend und Kriegsende

In der inneren Organisation des deutschen Durchhaltekrieges spielte der Jugendliche eine große Rolle. Allüberall stand man in der Kriegswirtschaft auf seine Arbeitskraft. Nach vielen Hunderttausenden zählte die jugendliche Schar, die unter Hinterziehung eigener Lebenskräfte sich vaterländischer Notwendigkeit unterordnete. Statt in geordnetem Lehrverhältnis und zielgerichteter Ausbildungskraft für den Lebensberuf vorbereitet zu werden, stand unsere Jugend vier Jahre nun an der einsamen Kriegssarbeit. An sozialem Können und beruflicher Eleganz, die notwendig sind, um den deutschen Arbeiter für eine gewisse Sicherheit und Unabhängigkeit der Existenz zu rüsten, konnte sie sich dabei recht wenig zu eignen machen. Immer haben wir die ganze Kriegszeit her mit großer Sorge an den Ausgang dieser Dinge gedacht. Heute nun, wo wir im Abbau der Kriegswirtschaft stehen, zeigt sich uns das Problem in seiner ganzen Größe. Zu den vielen, in der Kriegswirtschaft freiwerdenden jugendlichen kommen die nicht weniger zahlreichen jüngeren Fahrgäste unserer Soldaten, die beim Eintritt ins Heer noch keine ordnungsgemäße berufliche Lehre und Ausbildungszettel hinter sich hatten. Die Gewerkschaften müssen diesem jugendlichen Arbeiterteile jetzt in der Übergangszeit ihre besondere Aufmerksamkeit zuwenden. Was ist da unsere Pflicht?

Mitten im Spätherbst der Natur
hat sich ein

Frühling

für die Gewerkschaftsbewegung
eingestellt.

Das gewerkschaftliche Leben

ist mit einem großen Ruck vorwärts gekommen.

Es darf nicht still stehen. Immer weiter muß es.

Vor den Toren unseres Verbandes
stehen noch

Zehntausende

Sie müssen gewonnen werden
daran muß auch ihr mithelfen.

legung der Gesellenprüfung zu unterziehen. Und doch wird es in diesen Fällen sein müssen. Hunderte von Jugendlichen werden beraten müssen, wieder aufs Land zurückzukehren und Bauer zu werden.

Es wird bei alldem darauf ankommen, daß der Gewerkschaftsfunktor mit vollem Elfer und Pflichtbewußtsein sich dieser besonderen Ausgaben hingibt. Worte und Daten müssen die rechten sein, um der Jugend zu helfen.

Es ist anders, als wir es uns gedacht hatten. Von siegessicheren Siegern werden wir abgelöst, an unsere Dreikant, am Hochfest und Kran, nein, Männer, die in übermenschlichen Kampfen und unschönen Entbehrungen eines feindlichen Übermacht gewichen sind, kehren heim und ziehen wieder in die Fabrik- und Werkhalle, in die Schrein- und Dienststube ein. Die Waffensteinindustrie wird aufhören. Die stolzen Betriebe haben eine große Anzahl ihrer männlichen Kräfte verloren. Da hatten der deutschen Arbeiterin große und schwere Opfer. Sie wird ihren Arbeitsplatz verlassen müssen. Nach dem allgemeinen Demobilisierungsculm können vorab in den Betrieben nur diejenigen weiblichen Arbeitskräfte bleiben, die erstens Kriegsverletzen sind, zweitens an Stelle des Kriegsverletzen oder arbeitsunfähig gewordenen Ehemannes für den Unterhalt der Familie sorgen müssen, drittens vor dem 1. August 1914 bereits in dem Betrieb als Arbeitskraft beschäftigt waren. Es ist darum, wo nur möglich durch die einzelnen Berufsverbände anzuregen, daß die Arbeiterinnen bei den Entlassungen nach obigen Grundfällen verfahren. Ferner sind Abmachungen mit den Unternehmern und betrieblichen Kreisen dahin zu treffen, daß Lohnauszahlungen, Arbeitsstreckungen, Rückerstattungen und Arbeitslosenunterstützungen auch bei den Arbeiterinnen nach Recht und Gerechtigkeit gehandhabt werden.

All die in der bisherigen Arbeit weiter beschäftigten weiblichen Kräfte mag für die kommenden schweren Wochen als erster und oberster Letzter gelten: bleiben wir wenn der Arbeitgeber uns halten kann und muß, ruhig und pflichttreu auf unsern Posten, selbst wenn Verkürzung der Schicht, Streikung oder eine andere Art der Arbeit von uns verlangt werden sollten. Besser etwas Erwerbsmängelheit haben, als vor keine zu einer Zeit, wo Tausende Arbeitslose unser Land überfluten. Wenn durch eine hohe Notstandseinsichtung unsere finanzielle Lage zu sehr verschlechtert oder unsere Körperfähigkeit eine schädliche Belastung zugemutet würde, dann bringen wir berechtigte Wünsche mäßig und sachlich bestimmt vor. Man wird heute mehr denn je genötigt sein, im Interesse der allgemeinen Ruhe und Eleganz ihnen nach Möglichkeit zu entsprechen. Die ergebnisreichen Verhandlungen die in dieser Beziehung als heute mit vielen Industriellen gepläneten werden sind, berechtigen zu dieser Annahme. Gerade die Arbeiterin kann nicht eindringlich genug darauf verwiesen werden, daß sie doch nicht aus Arbeitslosigkeit oder launenhafter Überdruss die Arbeit einstelle. Gewiss ist zu zeigen, daß die Macht der männlichen Nachfrage, der Einmarsch in fremden Truppen die veränderte Arbeitsmiete bei den Notstandsbetrieben manches Ablenkende und Verirrende gerade für die Frauengewalt mit sich bringt werden; aber hier gilt's, noch einmal zu betonen, daß wir Frauen auch starke Herzen, klare Köpfe und fleißige Hände haben können. Vergißt uns nicht durch eine selbstverstndete Arbeitslosigkeit nicht die Not der vielen tausend Witwen und Eltern, die nach den vier Kriegsjahren des Verdienstes und Erwerbens vor einem nichts stehen.

Die Entlassung aus dem Betrieb kommt für sie fast über Nacht. Erspartnisse von den Einnahmen ihrer Frauenkleidungsarbeit sind garnicht oder nur sptzlich gemacht worden. Ein unerlernter Beruf ist kaum noch zu ergreifen. Für die unerlernten gewerblichen und freien Berufe muß zuerst eine Lehrzeit durchgemacht werden, ob dann aber dort noch Unterkommen bei diesem massenhaften Angebot seien wird, ist fraglich. Wahr brauchen wir nicht zu bezagen und zu zweifeln.

Für Arbeitslose, die unverschuldet arbeitslos geworden sind, wird aus öffentlichen Geldern eine Gewährung von Vermittlung geleistet. Auch die Arbeiterinnen müssen mutig und rechtlich von dieser Einrichtung Gebrauch machen, die ausdrücklich keine Armutunterstützung ist. Es wäre eine falsche Scham, wenn wir unsere Ansprüche nicht erhöhen; wir schädigen uns wirtschaftlich und können nur noch tiefer in Mischnutz und Unzufriedenheit hinein, eine Stimmung, die wir von uns und unsern Posten in der gegenwärtigen Stunde nicht weit genug fernhalten können. Die Mittel und Wege zur Erlangung dieser Arbeitslosenunterstützungen erfahren wie wiederum durch den zuständigen Berufsverband.

Wo finden denn die vielen Arbeitslosen Erwerb und Verdienst? Stellen wir uns vor dem Gang zum Arbeitsnachweis — der eigentlich für die Arbeitsvermittlung allein noch in Betracht kommen sollte — ganz ernstlich eine Frage und beantworten sie uns klar und wahr: Warum sucht ich als Frau oder Mädchen eine außerhäusliche Erwerbsarbeit? Wenn bei dieser Antwort nicht ein stiftlich und wirtschaftlich gebildetes „Muth“ herauskommt, dann bleibst wir lieber fürs erste zu Hause und erfüllen beheim das an Frauen und Tochterblümchen, was wir bisher durch unsere Kleidungsarbeit vernachlässigt haben. Da muß gar vieles wieder aufgebaut, instandgesetzt, ergänzt und verbessert werden, wenn der heimlebende Gatte, Vater und Bruder sich wirtschaftlich wohl fühlen wollen. Nicht die drei- bis vierjährige Gewohnheit der Industriearbeit, die Freude am selbständigen Erwerb und die Freiheit Unabhängigkeit dürfen Frauen und Mädchen bestimmen. Arbeiterin weiter zu bleiben. Nur wirtschaftliche Notwendigkeit und wirtschaftliche Verpflichtungen geben der Arbeiterin heute wieder ein Recht, sich auf dem Arbeitsmarkt als „Ware“ anzubieten.

In welcher Art von Arbeit die weibliche Kraft in den nächsten Zeit ansetzen, angefordert und gebraucht wird, ist gegenwärtig noch schwer zu entscheiden. Die einen glauben sie in der Landwirtschaft am nötigsten zu haben, weil dort so plötzlich die Gefangen und Zustände ausgezeichnet sind und die Landwirtschaft doch in erster Linie leistungsfähig gehalten werden muß. Andere vermuten die Hauptaufträge nach weiblichen Arbeitskräften in der Haushaltung, um den erheblichen Dienstbotenmangel zu beheben. Mehr gewerbliche Kräfte haben die Auffassung, daß in gewissen Industriezweigen (Metall-, Holz-, Keram- und Steinindustrie) so reichlich Wiederaufbau- und Instandsetzungarbeiten geleistet werden müssen, daß sich dort auch ein geprägtes Berichtsamt und Wiederherstellungen geltend machen wird. Die nächste Zukunft wird die mehr oder weniger große Mächtigkeit dieser Betätigungen zu beweisen haben.

Das sieht fest: Arbeiterinnen wird's in fast allen Berufszweigen des deutschen Wirtschaftslebens weiter geben und ihre Zahl wird größer sein als vor dem 1. August 1914. Wie eine Tafelwurst ist in dem augenblicklichen Industriezweig

